

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Berlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellzeile ober deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonellzeile 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zwelaggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Orgegeschfähr in Schlefien.

Berlin, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. W.) In der Welt am Montag veröffentlicht Herr v. Gerlach einen Artikel, die schlesischen Vorkämpfer, der mit den Worten beginnt: „Vertrauensselige werden gewarnt“. Gerlach erklärt, daß er seit Jahresfrist wiederholt in der Welt am Montag die übertriebene Heroisität entgegengetreten sei, die eine bewaffnete Erhebung der Rechtsrevolutionäre unmittelbar vor der Tür lag. Heute aber erklärt er, die Situation erscheine mir in diesem Augenblick ernster, als sie je seit dem März 1920 war. Gerlach weist darauf hin, daß die Kapprebellien noch alle straflos sind und daß infolgedessen sich immer mehr die Ueberzeugung durchsetzt, daß ein Umsturz von rechts eine ungemein gefährliche Sache im republikanischen Deutschland sei. Die Gerichte lassen sich Zeit, wenn es sich um Reichsoberpräsident von rechts handelt, das mache die Herren Rechtsrevolutionäre natürlich immer leiser. Gerlach erklärt dann, daß die Hauptgefähr augenblicklich in schlesischen Selbstmord liege. Die Situation sei heute schon ernst, sie wird noch täglich ernster durch die Massenbewaffnung, die jetzt ununterbrochen aus Nieder-Schlesien abströmen. Das sind größtenteils unruhige Elemente, die offen erklären, sie möchten gar nicht daran, sich entwaffnen zu lassen und sich nach dem Reich zu werfen. Sie sind vereinzelt in den Personen, überwiegend in der Gefinnung, identisch mit jenen wilden Scharen, die 1919 im Baltikum die deutschen Interessen so heillos kompromittiert haben. Sie sind eine Gefährquelle ersten Ranges für die Republik.

Gerlach zitiert dann einen Erlaß des preussischen Innenministers vom 28. Juni, in dem es heißt: „Ich weisse daran, daß Vereine, welche sich korporativ der Organisation Eiferisch anschließen hatten, mit deren Auflösung aus dieser Verbindung selbst sind und daß die verantwortlichen Vorstandmitglieder solcher selbst von der Auflösung nicht betroffener Vereine sich freibewachen, wenn sie für den Verein die Verbindung aufrechtzuhalten suchen. Gerlach erklärt, dieser preussische Erlaß bedeutet einen Freibrief für die schlesischen Organisationen im Sinne der Arbeitsgemeinschaft Rogbach. Der Heimatschutzverband hatte nämlich einfach seinen Austritt aus der Orgegesch erklärt und existiert ruhig weiter. Dieses Material ist Gerlach von einem hohen Beamten aus Breslau zugegangen, der diese Dinge ganz nahe liegt und als überzeugter Republikaner verweist darüber ist, daß man sich in Berlin noch nicht darüber klar sei, wie man durch solche Erlasse die Auflösung der Orgegesch einfach zur Sache mache. Gerlach zitiert dann noch ein Beispiel für die Art der Entwaffnung. Aus dem Gute Manje des Herrn v. Kofur wurde versucht, ein Lastauto nebst Anhänger, vollbespannt mit Waffen, in einer Scheune zu verdecken. Arbeiter wurden auf dieses Vorhaben aufmerksam. Sie stellten fest, daß die als Arbeiter verkleideten Personen Offiziere waren, darunter ein Graf Westarp. Das Auto versuchte zu entweichen, als man sich entdeckt sah. Nachfahrer holten es ein. Graf Westarp gestand, daß das Auto für den Grafen Saurma Jeltich in Lorenzendorf bestimmt sei, um bei Bedarf Verwendung zu finden und daß weitere Waffentransporte unterwegs seien. Alle möglichen Vorwürfe wurden in Bewegung gesetzt, das Ende vom Lied war, daß das Auto, unbekannt wohin, verschwand. Gerlach erklärt dann zum Schluß: „Sehr Reichsfänger, es ist Gefähr im Verzuge, in Breslau hat man mit Worten beruhigt, aber die Dinge sind verdammt beunruhigend.“

Harding ladet zur Abrüstungskonferenz ein.

Nachdem in Amerika jahrelang mit dem Abrüstungsgedanken gespielt wurde vom selbigen entschlossenen Völkerbundsplan Wilsons bis zur Resolution Borah, hat sich Präsident Harding endlich entschlossen, der energischen Aufforderung des Kongresses zur Herabminderung der bestehenden finanziellen Lasten des Marineraüstungsprogramms, eine Abrüstungskonferenz einzuberufen, nachzukommen und eine offizielle Einladung an die Entente-Großmächte ergoßen zu lassen. Erleichtert wurde Harding sein schwerer Entschluß durch die Wendung in der englisch-japanischen Bündnispolitik und das Streben Englands, an Stelle des engen Bündnisses mit Japan ein Einverständnis der drei Hauptmächte zur See, England, Amerika und Japan, zur Erhaltung des maritimen Gleichgewichts zu sehen.

Über die Einladung Hardings wird mitgeteilt:
London, 11. Juli. Die amerikanische Volkszeitung in London teilt mit: Eine vom Weissen Hause ausgegebene Erklärung besagt:

Zu Hinblick auf die weitreichende Bedeutung der Frage einer Beschränkung der Rüstungen fragte der Präsident bei Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan an, ob sie an einer Konferenz zur Besprechung dieser Angelegenheit in Washington zu einem gegenseitig vereinbarten Zeitpunkt teilnehmen würden. Der Präsident schlug vor, daß die Probleme des Stillen Ozeans und des fernsten Ostens, die mit der Abrüstungsfrage in enger Verbindung stehen, gleichfalls auf dieser Konferenz besprochen werden, um eine allgemeine Verständigung über die politischen Grundzüge im fernsten Osten herbeizuführen. China ist eingeladen, an der Besprechung betreffend den fernsten Osten teilzunehmen.

England bleibt in Leipzig.

London, 9. Juli. (Reuter.) Der General Solicitor Sir Ernest Pollock ist nach Leipzig gereist im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen die beiden deutschen Offiziere wegen Verletzung des Hospitalitätsses Landovers Castle.

Waffenstillstand in Irland.

London, 9. Juli. Nach einer amtlichen Reuter-Meldung ist vereinbart worden, daß die Feindseligkeiten in Irland am Montag eingestellt werden sollen.

London, 9. Juli. (Reuter.) Amtlich wird aus Dublin mitgeteilt, daß De Valera, der sich entschlossen hat, die Einladung Lord Georges zu einer in London stattfindenden Konferenz anzunehmen, seine Anhänger angewiesen hat, alle Angriffe auf Streitkräfte der Krone und Zivilpersonen sowie militärische Unternehmungen jeder Art einzustellen. In der Absicht, an der Schaffung einer Atmosphäre mitzuwirken, in der eine friedliche Auseinandersetzung möglich ist, hat die Regierung die Einstellung aller polizeilichen Streifzüge und Hausdurchsuchungen sowie weiterer Truppenbewegungen nach Irland angeordnet. Diese Anordnungen treten am 11. Juli in Kraft.

London, 11. Juli. (T.L.) Die Beschlüsse der Dubliner Konferenz haben in Südirland enthusiastische Freude hervorgerufen. Man hofft, daß der Friede für die Zukunft überhaupt geschlossen ist. De Valera hat eine Proklamation an die Bürgerschaft erlassen, in der er es jedem einzelnen zur Pflicht macht, die Bedingungen des Waffenstillstandes einzuhalten.

De Valera

zu Verhandlungen mit Lord George bereit.

London, 9. Juli. De Valera erwiderte Lord George auf dessen Einladung zu einer Konferenz in London, er sei bereit, mit Lord George zusammenzutreffen und mit ihm darüber zu verhandeln, auf welcher Grundlage eine solche Konferenz Aussicht hätte, das gewünschte Ziel zu erreichen.

Dublin, 8. Juli. (Reuter.) Die irische Konferenz wurde heute vormittag fortgesetzt. Vier hibernische Unionisten waren zugegen. Über die Verhandlungen wird strengstes Schweigen beobachtet. Eine große Menge begrüßte die Delegierten. Die Lage wird in Dublin optimistisch beurteilt.

Zusammenstoß in Belfast.

London, 10. Juli. In Belfast fanden um Mitternacht und in den ersten Morgenstunden heftige Angriffe auf Polizeipatrouillen statt. Dabei wurden ein Polizist und vier Zivilpersonen getötet und zwei Polizisten und mehrere Zivilpersonen verwundet. In einem Stadtviertel war noch am späten Nachmittag eine heftige Schießerei im Gange.

Lord George und die Arbeiterpartei.

London, 8. Juli. Im Unterhause wurde gestern die Frage des Regierungsauslasses von 10 Millionen Pfund Sterling für die Bergleute erörtert. Hierbei kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Lord George und Robert Cecil. Letzterer kritisierte die „heftige und unkluge Rede“, die der Premierminister Ende März gegen die Arbeiterpartei gehalten habe. Lord George erwiderte, er habe nur die Arbeiterpartei, nicht aber die Arbeiterklasse angegriffen. In der Arbeiterpartei hätten extreme Elemente, die sich im Hintergrunde aufhielten, die Vorkherrschafft.

Der Orienkrieg.

Abbruch der englisch-kemalistischen Verhandlungen

London, 8. Juli. Reuter meldet, daß eine Note Mustafa Kemal Paschas in London eingetroffen ist, die eine vollständige Entstellung der Tatsachen bedeute. Kemal behauptet, Großbritannien habe eine Besprechung erfocht, was unrichtig sei. Er erklärte sich ferner zu Verhandlungen bereit, während General Harrington nur angewiesen ist, Kemals Mittelungen entgegenzunehmen. Weiter teilt der türkische Führer mit, er werde unter der Bedingung verhandeln, daß das ganze türkische Programm (Herrschaft über Konstantinopel und die Meerengen, Rückgabe von Thrazien, Smyrna usw.) angenommen werde. General Harrington hat infolgedessen Konstantinopel nicht verlassen.

London, 9. Juli. Reuter meldet aus Konstantinopel, daß die Besprechungen bezüglich einer Zusammenkunft zwischen General Harrington und Mustafa Kemal Pascha mit Rücksicht auf die gestern veröffentlichte Note des türkischen Führers abgebrochen wurden.

Die friedlichen Absichten Kemals.

London, 8. Juli. Evening Standard erzählt, daß Mustafa Kemal Pascha bei den interalliierten Kommissaren in Konstantinopel seine friedlichen Absichten beteuert und erklärt hat, daß seine Truppen nicht gegen Konstantinopel marschieren werden.

Neue Erfolge der Türken.

Angora, 8. Juli. Der amtliche türkische Bericht vom 8. d. M. jagt, daß die Türken die Griechen im Süden von Sündburg (?) angegriffen und sie gezwungen haben, sich zurückzuziehen. Sie haben ihnen schwere Verluste beigebracht. Im Isonidabshuit haben die Türken die Verfolgung der Griechen fortgesetzt, die sich nach Westen zurückziehen.

Konstantinopel, 9. Juli. (Havas.) Die Griechen haben Zalova geräumt. (Zalova ist ein am Marmarameer südlich der Isonidabshuit gelegener Hafen des Isonidab-Golfes. D. Red.)

Die Griechen drohen noch mit der Offensive.

London, 9. Juli. Einer Athener Meldung zufolge ist die griechische Offensive nicht aufgehoben worden; sie soll entsprechend dem Plane des griechischen Befehlshabers beginnen. Die Griechen haben mit Rücksicht auf eine Bedrohung Konstantinopels durch die Kemalisten eine Division in Thrazien zusammengezogen, die im Notfall dem interalliierten Oberbefehlshaber zur Verfügung gestellt werden soll.

Nach unserem Landesparteitag.

In zweiwöchigen Verhandlungen haben die berufenen Vertreter der sächsischen Parteigenossen die politische Lage besprochen und eine Verständigung über die bevorstehenden Aufgaben der Partei gesucht und gefunden. Die Hoffnungen der Bürgerlichen, die aus den politischen Auseinandersetzungen in der Arbeiterpresse glaubten, auf tiefgehende Differenzen in der Partei rechnen zu können, sind zerschanden geworden. Wohl gab es, wie dies bei einer politischen Partei selbstverständlich ist, Meinungsverschiedenheiten, die zu verheißern gar keine Ursache bestand. Es wurden öfter in der Debatte auch recht kräftige Töne angeschlagen. Aber, was der Aussprache eine so überragende Bedeutung gab und zurecht wirkte, war die Sachlichkeit, mit der, trotz einiger temperamentvollen Reden, die Auffassungen gegeneinander abgewogen wurden. Ueberall trat das Bestreben zutage, über den kleinen tatsächlichen Differenzen die großen Aufgaben der Partei nicht zu vernachlässigen und die klaren Grundlinien der proletarischen Politik klar herauszuarbeiten. Dadurch wurde die Verständigung erleichtert und der Beweis erbracht, daß die Partei trotz ihrer jahrenmäßigen Schwäche innerlich gesund und gefestigt ist.

Wenn in dem Bericht des Landesvorstandes ein Sinken der Mitgliederzahl festgestellt werden mußte, so ist das eine vorübergehende Erscheinung, die der durch die kommunistischen Querstreifen verursachten Spaltung geschuldet ist. Aber die Krise ist gut überstanden. Die Parteiorganisation ist wieder in einer erfreulichen Aufwärtsbewegung, die Zahl der Ortsgruppen ist von 153 auf 165 gestiegen. In einigen Bezirken haben wir einen beachtlichen Mitgliederzuwachs. Die Presse verstärkt ihren Einfluß. Trotz der erheblichen finanziellen Anforderungen, die durch die Aufwendungen für die Reichstags- und Landtagswahl gesteigert waren, sind alle Verpflichtungen erfüllt. Ein weiteres günstiges Zeichen für den Aufstieg ist das Verlangen der einzelnen Ortsverwaltungen nach Rednern und Agitationsmaterial. Besonders erfreulich ist, daß das Interesse der Frauen an der Partei wächst und die Jugendorganisation in der kurzen Spanne Zeit seit der Spaltung eine gute Entwicklung durchgemacht hat.

Aber diese Heerschau war nicht das wesentliche an der diesjährigen Tagung. Die Wichtigkeit der einzelnen Tagesordnungspunkte gab der Konferenz eine Bedeutung weit über die Grenzen Sachsens hinaus. Im Vordergrund des Interesses stand die Frage der Einheitsfront des Proletariats, die nicht nur für Sachsen, wo dieser Gedanke durch das notwendige Zusammenarbeiten der beiden sozialistischen Parteien im Parlament besonders stark wirkt, sondern für ganz Deutschland gelöst werden muß. Es ist kein Zufall, daß am gleichen Tage, wo die sächsischen Genossen sich abschieden, durch eine Willensentscheidung zu erkennen zu geben, daß sie die Einheitsfront der Arbeiterschaft für die wichtigste Vorbedingung des proletarischen Sieges halten und bereit sind, sich in einer Arbeitsgemeinschaft mit den andern Arbeiterparteien zusammenzufinden, auch die Zentralkleitung einen Aufruf erläßt, der die gleiche Auffassung vertritt. Die gestern in Leipzig angenommene Entschlieung wird auch für die Parteigenossenschaft im Reiches richtunggebend sein. Daß sich die Delegierten dieser wichtigen Verantwortung bewußt waren, zeigt der Ernst, mit der diese Frage diskutiert wurde. Mit Rücksicht auf die Haltung der rechtssozialistischen Partei und die Art, wie viele ihrer Mitglieder jahrelang gegen die eigenen Klassengenossen gehandelt haben, wurde es manchem nicht leicht, den Schritt zu tun. Allzu tief sind in den letzten Jahren die Leidenschaften auch innerhalb der Arbeiterschaft aufgewühlt worden. Aber es siegte doch die klare Einsicht, daß die Zersplitterung die Strohkrast der Arbeiterschaft schwächt und lähmt, und daß schon deshalb der Versuch einer Annäherung gewagt werden müsse. Hinzu kommt, daß die rechtssozialistischen Massen mehr und mehr von der gleichen Erkenntnis erfasst werden und ihre eigenen Führer zur Einigung drängen. Die Konferenz der Rechtssozialisten, die acht Tage vorher im gleichen Lokal abgehalten wurde, hat dafür den schließlichen Beweis erbracht. Die gestern gefasste Entschlieung entspricht dieser Situation. Sie bedeutet keine formelle Vereinigung der Parteien. Dazu sind die Verhältnisse noch nicht reif, und darüber können auch die sächsischen Genossen allein nicht entscheiden. Aber sie zeigt den festen Willen zu einer gemeinsamen Arbeit mit allen politischen Arbeitergruppen. Die Zukunft wird lehren, ob auch auf der andern Seite derselbe ernste Wille vorhanden ist.

Ein ebenso befriedigendes Resultat hatte die Aussprache über die sächsische Politik und den Fraktionsbericht. Es gab manche herbe Kritik und manches scharfe Wort. Aber auch hier führte das Bemühen, durch die Kritik nur der Partei zu dienen, zu einem gegenseitigen Verstehen. Und wenn trotzdem noch ein Rest blieb, so wird das den an verantwortlicher Stelle stehenden Genossen ein Fingerzeig für ihr späteres Tun und Lassen sein.

Einen breiten Raum in der Diskussion nahm die Frage der Reform der Gemeindegesetzgebung in Anspruch. Das entspricht